

FDP Fraktion Rastede · Carsten Helms

Anträge der FDP Rastede zum Haushalt 2026

Rastede, 16.10.2025

Carsten Helms
FDP Ratsfraktion Rastede

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

vor dem Hintergrund knapper Haushaltsmittel und zur Abwendung von Steuererhöhungen stellen die Freien Demokraten im Rasteder Gemeinderat folgende Anträge zur Beratung in den anstehenden Haushaltsberatungen:

1. Streichung der Turnierplatz-Maßnahmen „Aufwertung des Areals – Kulturmaßnahmen“, TH 6_01, P1.06.00.551100
Einsparung 520.000,00 EUR

2. Reduzierung Zuschuss Residenzort GmbH
Einsparung 250.000,00 EUR

3. Abschaffung des Hardware Zuschuss für Ratsmitglieder
Einsparung 13.600,00 EUR

4. Verkauf des Naturbades bzw. Campingplatz Hahn
Möglicher Verkaufserlös 1.000.000,00 EUR*

5. Reduzierung Anteil Erbbaurecht-Grundstücke von derzeit 50 % auf 30 %, Investitionsmaßname I1.015018.565, BPL 100
rechnerische Mehreinnahmen 424.200,00 EUR

6. Verkleinerung des Gemeinderats -> Vorlage für die kommende Ratsperiode

* Der Betrag unter 4. Ist als Platzhalter zu verstehen, da mangels fundierter Auskünfte keine seriöse Schätzung möglich ist

Summe der dargestellten Haushaltsentlastungen für 2026:

2.207.600,00 EUR

Begründung:

Zu 1: der Katalog wurde ohne die Beteiligung der Politik – geschweige denn der Rasteder Bürgerschaft – erstellt. Maßnahmen wie den Abriss des Richterturms oder die Entfernung des Zauns sieht die FDP als zweifelhaft an, daher beantragen wir im Ergebnis die Streichung und eine Debatte unter der Haushalts-Vorgabe, nur das unbedingt Notwendige durchzuführen.

Zu 2.: Die weiterhin ausufernden Kosten bei gleichzeitig reduzierten Aktivitäten aufgrund der Palais-Sanierung ist Einhalt zu gebieten, die Ausgaben für die Residenzort Rastede GmbH sind sofort deutlich zu reduzieren und die künftige Ausrichtung und finanzielle Ausstattung ist zwingend neu zu beraten und zu beschließen.

Zu 3.: Die Einführung dieser Leistung erfolgte im Zuge der Anschaffung der massenweisen physischen Ausdrucke auf Papier und war zu der Zeit gerechtfertigt. Mittlerweile verfügt die deutliche Mehrzahl über mobile Endgeräte oder ist aufgrund der gefallen Preise auch ohne den Zuschuss in der Lage, von der Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder ein Tablet anzuschaffen.

Zu 4.: Die Gemeinde Rastede unterhält als freiwillige Leistung ein Hallenbad sowie ein frisch saniertes Freibad, darüber hinaus gibt es im Rasteder Norden einen privatwirtschaftlichen Anbieter eines Badesees. So schwer diese Entscheidung jedem von uns auch fällt: in Zeiten knapper Kassen können wir kein zweites kommunales Freibad anbieten, der Verkauf hingegen führt zu Einnahmen, beendet die laufenden Kosten und bewahrt uns vor einer weiteren millionenschweren Bad-Sanierung.

Zu 5.: Nach übereinstimmenden Aussagen der Verwaltung bestand in den vergangenen Jahren regelmäßig eine Nachfrage nach Erbpacht-Bauplätzen in der Größenordnung von 30 % des Angebots. Es ist somit vor allen Dingen wahrheitsgemäß, wenn wir mit diesem Anteil kalkulieren. Eine entsprechende Festlegung verbessert zugleich die Einnahmesituation.

Zu 6.: Zu unserem großen Bedauern haben wir kürzlich erfahren, dass die Frist für eine Verkleinerung zur Kommunalwahl 2026 bereits verstrichen ist. Dies enttäuscht uns sehr, schließlich war dieser Gedanke mehrfach in den nichtöffentlichen Arbeitskreisen Haushalt vorgebracht worden. Wenn schon keine entsprechende Vorlage so wäre mindestens ein Hinweis auf Frist durch die Verwaltung angemessen gewesen. SO bleibt nur zu hoffen, dass der nächste Gemeinderat das Einsparpotential hebt, zumindest aber rechtzeitig eine öffentliche Debatte darüber führt.

Das Ergebnis unserer Einsparungen beläuft sich auf mehr als 2 Mio EUR. Demgegenüber steht in den Entwürfen ein Bedarf von 3 Mio EUR.

Nicht verschweigen sollte man aber, dass sowohl aus einem noch zu schließenden Schulvertrag mit dem Landkreis als auch mit dem noch zu aktualisierenden Schulvertrag mit der Gemeinde Wiefelstede noch einige Mehreinnahmen zu erwarten sind.

Weiterhin wurden vorsichtshalber die zum Teil bereits beschlossenen Zuschüsse von Bund und Land noch nicht eingeplant, hier fehlen überwiegend noch die Details und auch zum Teil noch die zu erwartenden Beträge.

Doch selbst mit diesen Unsicherheiten ist konservativ betrachtet zu erwarten, dass die Summe dieser Positionen zu mindestens einer weiteren Million Einnahmen führen werden.

Im Ergebnis sind daher Steuererhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig und werden daher auch von den Freien Demokraten ausdrücklich abgelehnt.



Mit liberalen Grüßen